MEHR BAFÖG FÜR MEHR STUDIS

Höhere Förderung, mehr Geförderte.

Die Chance auf ein Studium darf nicht vom Geldbeutel oder der Herkunft abhängen. Deshalb haben wir das Bafög deutlich erhöht und deutlich mehr Menschen einen Anspruch auf Förderung gegeben. Unser Ziel ist es, allen Menschen gleiche Chancen auf beste Bildung zu gewährleisten. So leisten wir auch einen wichtigen Beitrag gegen den Fachkräftemangel.

Das Leben leichter machen.

SPD
Fraktion im Bundestag

Die Fakten

- Die Bedarfssätze wurden zweimal erhöht, in einem ersten Schritt um 5,75 Prozent und in einem weiteren Schritt zum Wintersemester 2024/2025 um weitere fünf Prozent auf 475 Euro pro Monat. Der Wohnkostenzuschlag erhöht sich ebenfalls zum zweiten Mal und stieg damit insgesamt von 325 auf 380 Euro. Zusammen mit erhöhten Kranken- und Pflegeversicherungszuschlägen steigt der Förderhöchstsatz damit ab dem Wintersemester auf 992 Euro.

- Auch die Elternfreibeträge steigen schon zum zweiten Mal an: um 5,25 Prozent, nach einem ersten Plus von 20,75 Prozent im Winter 2022. Dadurch wird das Bafög weiter geöffnet und mehr Menschen haben einen Anspruch.

- Die Altersgrenze für den Ausbildungsbeginn wurde auf 45 Jahre angehoben. Die digitale Antragstellung ist jetzt einfacher. Die Möglichkeit, Restschulden nach 20 Jahren zu erlassen, wurde ausgeweitet.

- Die Vermögensfreibeträge sind gestiegen: Für unter 30-Jährige auf 15.000 Euro, ab einem Alter von 30 Jahren auf 45.000 Euro.

- Künftig können Studienanfänger:innen, die etwa Bürgergeld oder Wohngeld beziehen, eine Studienstarthilfe von 1.000 Euro für Ausgaben zu Beginn des Studiums erhalten. Wer nebenbei arbeitet, erhält höhere Freibeträge. Ein Minijob bleibt künftig anrechnungsfrei. Zudem kann ohne Angabe von Gründen ein Semester länger studiert werden, und ein Studienfachwechsel ist später im Studium möglich.

- Nach der Corona-Krise haben wir einen sogenannten Nothilfemechanismus im Bafög verankert. Wer seinen Nebenjob in einer schweren Wirtschaftskrise verliert, kann dann Bafög beantragen, auch wenn vorher kein Anspruch bestand.

Stand: 05.07.2024. Herausgeberin: SPD-Bundestagsfraktion, Josephine Ortleb MdB, Parlamentarische Geschäftsführerin, Platz der Republik 1, 11011 Berlin